

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht
loset das Blatt 10 Pf. mehr.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Wolff, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe,
Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberhard W. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Dein. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Ergebnisse der Unfall-,
sowie der Invaliditäts- und Alters-
versicherung.

Zum Zweck der Durchführung der Unfall-
versicherung bestehen z. Z. insgesamt 112 Ver-
sicherungsgesellschaften, darunter 64 gewerbliche mit
426 335 Betrieben und 5 243 965 versicherten
Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche
mit 4 793 256 Betrieben und 12 289 415 ver-
sicherten Personen. Dazu kommen noch 144
Reichs- und Staats- und 268 Provinzial- und
Kommunalaufsichtsbüros mit zusammen
658 367 versicherten Personen, so daß am
Schlusse des Jahres 1895 über 18 Millionen
Personen gegen Unfall versichert waren. Hinzu
treten noch die bei den 13 Versicherungsanstalten
der Baugewerkschaftsgesellschaften und der
Zerbst-Baugewerkschaft versicherten Per-
sonen. In der Gesamtzahl, die auch alle ver-
sicherten landwirtschaftlichen Unternehmer sowie
die landwirtschaftlich im Nebenberuf be-
schäftigten Personen umfaßt, dürften eine bis
unterhalb Millionen solcher Personen doppelt
erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und
landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und
versichert sind. Die Zahl der angemeldeten Un-
fälle betrug nach der vorläufigen Ermittlung
309 468, die der entrichteten Entschädigungen
von denen 6280 den Tod, 2129 eine dauernde
Unfähigkeit, 42 447 eine dauernde theilweise
und 25 098 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
zur Folge hatten. Die verausgabten Ent-
schädigungen (Renten) betrugen 50 172 082 Mark
gegen 44 281 736 i. J. 1894. Entschädigungen
(Renten) wurden i. J. 1895 gezahlt oder ange-
wiesen an 277 133 Verletzte, 29 071 Witwen
Geldrenten, 54 356 Kinder und 1952 Ascen-
denten Geldrenten. Daneben erhielten noch 8017
Ehefrauen, 17 437 Kinder und 218 Ascendenten
als Angehörige von Verletzten, die in Kranken-
häusern untergebracht waren, die geschädigten
Unterstützungen gezahlt oder angewiesen, so daß
im Jahre 1895 zusammen 383 184 Personen der
Wohlfahrt der Unfallversicherung theilhaftig ge-
worden sind.

Ueber die Invaliditäts- und Altersver-
sicherung ist Folgendes zu berichten: Vom 1. Januar
1891 bis Ende 1895 wurden im Ganzen
425 477 Renten, und zwar 156 027 Invaliden-
und 269 450 Altersrenten anerkannt. Davon
entfielen auf die 31 Versicherungsanstalten
144 770 Invaliden- und 267 582 Altersrenten,
auf die 9 Kassenanstalten 11 257 Invaliden-
und 4868 Altersrenten. Im Jahre 1895 be-
trugen rund 217 600 Personen Altersrente und
130 900 Invalidenrente, also rund 348 500 Per-
sonen überhaupt Rente. Da sich unter diesen
rund 800 Personen befinden, deren Altersrente
im Laufe des Jahres in Invalidenrente umge-
wandelt wurde, und diese Personen deshalb
vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die
wirkliche Zahl der Rentenempfänger des Jahres
1895 auf rund 347 700 Personen, an welche
insgesamt 42,1 Millionen Mark, und zwar an
Altersrenten rund 26,6 Millionen Mark, an In-
validenrenten 15,5 Millionen Mark gezahlt sind.
Die von den Versicherungsanstalten seit dem
1. Januar 1891 festgesetzten Renten repräsentiren
überdies ein Deckungskapital von rund
203,2 Millionen Mark, und mit Einschluß der
an den Reservefonds abzuführenden Beträge in
Höhe von rund 40,6 Millionen Mark ein Kapital
von rund 243,8 Millionen. Dem steht nach Ab-
zug der gesamten Verwaltungskosten eine Ein-
nahme aus Beiträgen gegenüber von rund 85,2
Millionen Mark i. J. 1891, 84 Millionen i. J.
1892, 85,2 Millionen i. J. 1893, 87,8 Millionen
i. J. 1894 und 89,8 Millionen i. J. 1895, zu-
sammen von 432 Millionen Mark. Es verbleibt
demgemäß, ohne Berücksichtigung der Zinsen zur
Deckung der Beitragsrückstellungen und der in
Folge der längeren Dauer der Beitragsleistung
allmählich höher werdenden Invalidenrenten ein
Kapital von rund 188,2 Millionen Mark.

Deutschland.

Berlin, 28. Februar. General-Feldmarschall
Prinz Georg von Sachsen befehlt am 8. März
sein 50jähriges Militär-Dienstjubiläum. An der
Jubiläumfeier wird sich auch die preussische
Armee betheiligen, indem die kommandirenden
Generale der 2. Armee-Inspektion, deren Ge-
neral-Inspekteur Prinz Georg ist, und ferner
eine Deputation des Mannes-Regiments „Hermes“
von Treuenfeld (altmärkisches) Nr. 16, dessen
Chef der Prinz ist, sich nach Dresden begeben
werden.

Der Polizeipräsident macht bekannt, daß
die ortsüblichen Verordnungen und Bekannt-
machungen des königlichen Polizei-Präsidiums
fortan ausschließlich in der „Norddeutschen All-
gemeinen Zeitung“ mit rechtsverbindlicher Kraft
veröffentlicht werden. Gleichzeitig bestimmt der-
selbe, daß überall da, wo bisher in Bekannt-
machungen und Verordnungen das „Berliner
Intelligenzblatt“ für Veröffentlichungen bestimmt
ist, namentlich die „Norddeutsche Allg. Zeitung“
an seine Stelle zu treten hat.

Der v. Puttkamer-Platz, der Vor-
sitzende der Landwirtschaftskammer für die Pro-
vinz Westpreußen hat gegenüber einem Antrag
Sellers, die Kammer möge sich mit dem Beschluß
der Börsenkommission, den Terminhandel in Ge-
treide und Mehl zu verbieten, einverstanden er-
klären, erklärt, „wenn die Entscheidung über die
Frage von ihrem Bestande abhängt, so würde er
den Terminhandel bestreiten lassen, denn die
Landwirthe können auf diesem Gebiete so ge-
schädigt werden, daß es als ihr Vertreter nicht
sich für eine Stellung nehmen würde“. Der Antrag
Sellers wurde dann auch einstimmig durch Ueber-
weisung an den Vorstand beiseite gelassen.

Auch die beiden Vizepräsidenten der
Abtheilung Berlin der deutschen Kolonialge-
sellschaft, Ministerialrath Dr. Goring und Graf
von Schmettau sind aus derselben in Folge des
Petersburger Proklamations ausgetreten. Der
bisherige Präsident Prinz Arenberg hat schon
früher diesen Schritt gethan.

Aus Danzig wird gemeldet, daß dem
Küchtrich des dortigen Kommandanten, General-
leutnant von Treskow, in den Ruhestand
hinterlassen wurde. Seit dem 1. März 1895, an welchem Tage der
General beim damaligen 7. Infanterie-Regiment

(jetzigem Königs- Grenadier-Regiment König
Wilhelm I.) eintrat, in den Dienst, wurde er 1860
unter Verlegung in das oben neu gebildete
Infanterie-Regiment 47 zum Offizier befördert,
1866 Premierlieutenant, 1871 Hauptmann, Ende
1876 Major, 1884 Oberstlieutenant, 1887 Oberst,
1890 Generalmajor und erhielt 1893 den
Charakter als Generalleutnant. Schon als
Premierlieutenant erhielt er ein Kommando in
die damalige Abtheilung für persönliche Ange-
legenheiten im Kriegsministerium und verblieb in
dieser bis 1880, wo er als Generalstabschef
zum Stabe der 5. Armee-Inspektion nach Karls-
ruhe kam. Bald nach seiner Beförderung zum
Oberstlieutenant wurde er etatsmäßiger Stabs-
offizier im Grenadier-Regiment Nr. 2 und von
dort aus 1887 Kommandeur des Infanterie-
Regiments Nr. 95 in Göttingen. Im Jahre 1890
als Abtheilungschef wieder in das Kriegs-
ministerium versetzt, wurde er im Januar 1891
Kommandeur der 38. Infanterie-Brigade und
1893 Kommandant von Danzig. Die Kriege
1866 sowie 1870-71 hat der General mit Aus-
zeichnung mitgemacht; in ersterem wurde er bei
Stallau an der rechten Hand schwer verwundet,
der Zeigefinger mußte ihm abgenommen werden;
während des letzteren war er Führer der 3.
Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 47
und wurde bei Wörth leicht verwundet. Vom
September bis März 1871 war er der Kom-
mandantur von Versailles zugetheilt und be-
fand sich dort die Stelle des Majors.
Generalleutnant von Treskow ist Ritter des
Eisernen Kreuzes erster Klasse. Die Danziger
sehen ihn ungern scheiden.

Die Arbeiten zur Revision der Zivil-
prozeßordnung sind in vollem Gange. Dabei
wird auch die Frage zur Erörterung gelangen,
ob und in welcher Weise eine Abänderung der
bestehenden Vorschriften über die Zurückweisung
von Personen, welche das Verhören vor Ge-
richt geschäftsmäßig betreiben, zu erfolgen hat.
Diese Erörterungen werden sich also auf den
§ 143 Abs. 2 beziehen, in welchem dem Gericht
die Befugnis beilegt wird, Bevollmächtigte und
Beistände, welche das mündliche Verhören vor
Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückzuweisen.
Gegen den § 143 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung
und ebenso gegen den § 73 des preussischen
Landesverwaltungs-Gesetzes, welches für die Ver-
waltungsstellen eine solche Verfügung trifft,
haben die Rechtskonfulenten schon seit längerer
Zeit angeknüpft und deren Befugnis gefordert.
Namentlich nachdem die Rechtskonfulenten viel-
fach sich zu Annahmen zusammengehangen haben
und in Folge dessen unläutere Elemente aus
ihrer Mitte beiseite zu haben glauben, bringen
sie auf die Entfernung der angeführten Bestim-
mungen. Es ist selbstverständlich, daß das Landes-
verwaltungs-Gesetz sich in dieser Beziehung nach
der Zivilprozeßordnung richtet, jedenfalls nicht
früher als diese einer Aenderung unterworfen
werden wird. Es ist aber höchst zweifelhaft,
daß in der neuen Zivilprozeßordnung den Wün-
schen der Rechtskonfulenten auf Aufhebung der
Bestimmung Rechnung getragen werden wird.
Man muß sich nur erinnern, daß in der Reichs-
tagssitzungskommission, welcher die Zivilprozeß-
ordnung zur Vorberatung überwiesen war, sogar
der Antrag auf obligatorische Ausschließung der
Rechtskonfulenten, damals noch Zivilkonfulenten
genannt, gestellt und nur abgelehnt wurde, weil
dem Richter eine gewisse Latitüde in Zulassung
und Zurückweisung solcher Parteivertreter ein-
geräumt werden sollte. Die Gründe, die damals
zu einer Stellungnahme gegen die Rechtskonfulen-
ten führten, liegen wohl auch heute noch vor.
Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß der
Abs. 2 des § 143 der Zivilprozeßordnung auf-
gehoben werden wird.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen
Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes für Straf-
verfahren wegen Verlegung von dreiprozentigen
Renten zur Deckung der Ausgaben für die Ver-
besserung des Hüniger Kanals zu Schiffahrt-
zwecken und wegen Erhebung von Abgaben auf
dieselben, ferner einem Ausführantrage, be-
treffend den Handel mit denaturirtem Brannt-
wein, und dem Antrag Preussens, betreffend die
Regelung der Arbeitsverhältnisse in Bäckereien
und Konditoreien, letzterem mit geringen, von den
Ausführungen beantragten Änderungen, die
Zustimmung ertheilt. Den ausstehenden Aus-
führungen überwiesen wurden die Entwürfe eines
Gesetzes wegen Änderungen des Gerichts-
verfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, der
Konkursordnung und eines Gesetzes für Straf-
verfahren über die Pensionen der Gerichtsvoll-
zieher und ihrer Hinterbliebenen, ferner der Ent-
wurf von Bestimmungen über die weitere Ver-
arbeitung der Ergebnisse der Berufs- und Ge-
werbezählung vom 14. Juni 1895 und eine Vor-
lage, betreffend die Ausprägung von Zehnmark-
münzen. Von dem Geschäftsbericht des Reichs-
Verwaltungsamts für das Jahr 1895 wurde
Kenntnis genommen und über eine Reihe von
Eingaben Beschluß gefaßt.

Nach dem gestrigen Beschluß des Bundes-
raths werden nachstehende Bestimmungen über
den Handel mit denaturirtem Branntwein am
1. April 1896 in Kraft treten: 1. Auf den
Kleinhandel mit denaturirtem Branntwein findet
§ 33 der Gewerbeordnung keine Anwendung.
2. Wer mit denaturirtem Branntwein handeln
will, hat dies 14 Tage vor Eröffnung des Han-
dels der zuständigen Steuerbehörde und der Orts-
polizeibehörde anzuzeigen. Ueber die erfolgte
Anmeldung ertheilt die Steuerbehörde eine Be-
scheinigung. 3. Denaturirter Branntwein, dessen
Stärke weniger als 80 Gewichtsprocente beträgt,
darf nicht verkauft oder feilgehalten werden.
4. Wer mit denaturirtem Branntwein handelt,
hat in seinem Verkaufsstelle an einer in die
Augen fallenden Stelle und in deutlicher Schrift
eine Bekanntmachung auszuhängen, wonach
es verboten ist: a) denaturirten Branntwein,
dessen Stärke weniger als 80 Gewichts-
procente beträgt, zu verkaufen oder feilhalten;
b) aus denaturirtem Branntwein das Denaturir-
ungsmittel ganz oder theilweise wieder auszu-
schleusen, oder dem denaturirten Branntwein
Stoffe beizufügen, durch welche die Wirkung des
Denaturierungsmittels in Bezug auf Geschmack
oder Geruch verändert wird, und solchen Brannt-
wein zu verkaufen oder feilzuhalten. 5. Der
Handel mit denaturirtem Branntwein kann
seitens der Steuerbehörde untersagt werden,
wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzu-
verlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf

diesen Gewerbebetrieb wahrscheinlich machen.
Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde an
die Direktionsbehörde und die oberste Landes-
finanzbehörde zulässig. Die Entscheidung der
letzteren ist endgültig. Von jeder Unterlegung
ist der Ortspolizeibehörde Mittheilung zu machen.
6. Die Beamten der Zoll- und Steuer-, sowie
der Polizeiverwaltung sind befugt, in die Räum-
lichkeiten, in welchen denaturirter Branntwein
feilgehalten wird, während der üblichen Ge-
schäftsstunden oder während die Räumlichkeiten
dem Verkehr geöffnet sind, einzutreten, den da-
selbst feilgehaltenen oder veräußerten, denaturirten
oder undenaturirten Branntwein zu untersuchen
und Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen
Empfangsbefcheinigung zu entnehmen. Auf
Verlangen ist dem Besitzer ein Theil der Probe
amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen.
Für die entnommene Probe ist Entschädigung in
Höhe des üblichen Kaufpreises zu leisten. Die
weitergehenden Befugnisse, welche der Steuer-
verwaltung im § 15 Abs. 2 des Regulativs,
betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins
zu gewerblichen Zwecken, eingeräumt sind, werden
hiervon nicht berührt. Diejenigen Gewerbetrei-
benden, welche bereits mit denaturirtem Brannt-
wein handeln und diesen Handel fortsetzen
wollen, haben die in Ziffer 2 vorgeschriebenen
Anzeigen bis zum 20. März 1896 einzureichen.

Nähezu drei Jahre sind seit der Er-
öffnung der Weltausstellung von Chicago ver-
flossen, und noch bis heute haben, so schreibt
man der „Kreuzzeitung“, die nordamerikanischen
Ausstellungsbehörden die versprochenen Medaillen
nicht zur Vertheilung gebracht! Unter den prä-
miirten deutschen Ausstellern herrscht über diese
beispiellose Versäumnung großer Unwillen, zumal
als ihre Bemühungen um Verschönerung der
Sache bisher erfolglos geblieben sind. Auf ver-
schiedene Anfragen hat der deutsche Reichs-
kommissar für die Ausstellung von Chicago, Ge-
heimrath Bernuth, unlängst mitgeteilt, daß er
an die Ausstellungsbehörden in Amerika fort-
gesetzt Vorstellungen gerichtet, daß schließlich das
Auswärtige Amt diese Anfragen aufgenommen
habe. Daran sind von Nordamerika wieder-
holt Verträge erfolgt, zuletzt mit der Ver-
sicherung, daß die Ausständigung der Medaillen
spätestens Ende Januar erfolgen sollte. Das ist
nicht geschehen, auch die Vertheilung von Ab-
bildungen der Medaillen vor ihrer Ausgabe ist
von den amerikanischen Ausstellungsbehörden
abgelehnt worden. Wie erinnerlich, trat schon
bei der ursprünglichen Zusammenkunft der Jury
in Chicago eine bedenkliche Korruption zu Tage,
die nur durch das Zusammenhalten der europäi-
schen Aussteller bis zu einem gewissen Grade be-
seitigt werden konnte. Kennzeichnend ist auch
die Mißthätigkeit der amerikanischen Aus-
stellungsbehörden, die allem Anschein nach über-
haupt haben, die Vertheilung noch einige Jahre
hinzuziehen, wenn nicht ganz zu unterlassen.

Braunschweig, 27. Februar. Gerichte-
weise verurteilt, der Kaiser habe die Absicht, auf
der Fahrt nach Bückeburg am Sonntag dem Re-
genten hier einen Besuch abzustatten.

Strasburg i. Elz, 27. Februar. Landes-
auskunft. Bei der heute fortgesetzten Beratung
des Staats für Elz-Vorbringen brachten die Ab-
geordneten Spieß und Winterer Klagen vor, daß
im Lehrkörper der Straßburger Universität die
Katholiken fast gar nicht vertreten seien. Staats-
sekretär von Buttmer erwiderte, bei der Grün-
dung der Universität sei beabsichtigt gewesen,
dieselbe nach dem Muster der Bonner, Bres-
lauer und Würzburger Hochschulen zu einer so-
genannten paritätischen zu gestalten, die aber hier
zu Lande anders als im übrigen Deutschland ge-
artete Erziehung des katholischen Klerus habe
leider den Plan vereitelt. Nach vor wenigen
Jahren sei man dem Gedanken wieder näher ge-
treten, hier eine katholische Fakultät zu errichten;
diesem Gedanken stehe auch der Bischof von
Straßburg sympathisch gegenüber; doch sei die
Ausführung an dem heftigen Widerstande von
katholischer Seite gescheitert. Sobald eine solche
Fakultät errichtet sei, würde auch auf die Kon-
fession der Lehrer entsprechende Rücksicht ge-
nommen werden, was aber unter den jetzigen
Verhältnissen bei der in Deutschland gewährten
vollkommenen Freiheit der Wissenschaft nicht
angehe.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Februar. Bei der Wahl der
Quoten-Deputation aus dem Abgeordnetenhaus
findet bezüglich der zehnten Stelle, die den
kleineren Parteien zur Verlegung überlassen wurde,
ein harter Wahlkampf statt. Zuerst wollten die
betreffenden Gruppen Lueger wählen, doch mußte
dessen Kandidatur fallen gelassen werden, da
falls Lueger der Quoten-Deputation angehören
würde, die ungarische mit der österreichischen
Quoten-Deputation eine gemeinsame Sitzung ab-
halten würde. Die katholische Volkspartei stellte
dann Ebenhoch als Kandidaten auf, der An-
hänger der Erneuerung des Ausgleiches ist, wo-
gegen die Antisemiten und die deutsche National-
partei die Kandidatur Steinwenders, der Aus-
gleichsgegner ist, aufstellten. Erst beim dritten
Wahlzuge wurde Ebenhoch gewählt. Die ver-
einigte Liste stimmte für Steinwender.

Heute begannen die Wiener Gemeinderats-
wahlen. Der dritte Wahlkörper, zumeist aus
Kleingewerbetreibenden bestehend, hatte 46
Mandate, ein Drittel aller Mandate befehen;
diese gingen bereits im vorigen Jahre nach der
ersten Auflösung des Gemeinderathes an die
Antisemiten, welche auch diesmal auf der ganzen
Linie mit bedeutenden Mehrheiten siegten, über.
Ein eigentlicher Wahlkampf fand nur statt in
den Bezirken der inneren Stadt und in der
Leopoldstadt; doch behaupteten sich die Antisemiten
auch dort mit 200 bis 300 Stimmen Mehrheit.

Wien, 27. Februar. Der Ackerbau-Minister
Graf von Ledebur-Wichth brachte im Abgeor-
detenhaus einen Gesetzentwurf ein über die Er-
richtung von Berufsgenossenschaften der Land-
wirthe. Der Gesetzentwurf wurde dem land-
wirtschaftlichen Ausschusse überwiesen. Der
Minister für Landesverteidigung Graf Felsers-
heim beantwortete eine Reihe Interpellationen
und erwiderte auf eine Anfrage Pacas, be-
treffend die verweigerte Annahme einer in der
Dienstprache des Heeres ausgefertigten Wido-
nungekarte seitens eines früheren Reserve-
offiziers, er könne nach Kenntniskunde des
Sachverhaltes das bezügliche Vorgehen der Mi-
tarisbehörden als den Vorschriften entsprechend,
die Weigerung der Annahme der Karte aber als

unstatthaft bezeichnen. Eine solche Weigerung
müsse, im Falle es sich um die mögliche Nicht-
befolgung eines Einberufungsbefehls handelte,
strenge Abhandlung nach sich ziehen. Es hei-
ße unmögliche Zustände herbeiführen, sowie den
Fortbestand und die Wirkungsfähigkeit der ganzen
Armeeeinrichtung in Frage stellen, wenn der
Befehl militärischer Anordnungen von dem Be-
lieben eines jeden dazu Verpflichteten abhängig
gemacht werden sollte. Das Haus wählte hier-
auf die Mitglieder der Quoten-Deputation und
setzte sodann die Beratung des Unterrichts-
budgets fort. Dabei sprach sich der Unterrichts-
minister gegenüber dem Abg. Such gegen
die Rückkehr zum früheren System des Unter-
richts der Philosophie an den Gymnasien aus.
In Sachen der Frauenfrage verweist der
Minister auf seine Ausführungen im Budget-
ausschusse, in denen er erklärt habe, daß die
Unterrichtsverwaltung nicht gewillt sei,
Frauengymnasien zu errichten. Freiherr von
Gautschi hält es wohl für möglich, daß einzelne
Frauen die für die Männer vorgeschriebenen
Studien erfolgreich absolviren. Die Unterrichts-
verwaltung dürfe aber nicht übersehen, daß die
Frage der Frauenbildung eine volkswirtschaft-
liche Gefahr einschleife, weil durch einen zu weit-
gehenden weiblichen Wettbewerb zweifellos der
Lohn für die Männer herabgedrückt werden
müsse. Die Unterrichtsverwaltung beschloß
sich mit der Vorfrage für einen höheren weibli-
chen Unterricht, der nicht so sehr eine bestimmte
Berufsbildung als eine bestimmte Vorbildung
für den eigentlichen Beruf der Frau als Gattin
und Mutter in sich schließe. Die Errichtung
solcher höheren Töchter Schulen sei in erster Linie
anzustreben. Die Unterrichtsverwaltung werde
die Errichtung solcher Schulen mit allen Mitteln
fördern. (Lebhafte Beifälle.) Der Minister ver-
sprach dafür zu sorgen, daß auch den weiblichen
Kandidaten die Möglichkeit zur Ablegung der
Maturitätsprüfung in jedem Lande und in jeder
Sprache an einem Staatsgymnasium unter den
gleichen Bedingungen wie für die männlichen
Kandidaten geboten werde. (Zustimmung.) Die
Möglichkeit des Hochschulbesuches stiehe den
Frauen schon jetzt frei, allerdings nur in der
Eigenschaft von Hospitanten. Die Unterrichts-
verwaltung sei bestrebt, eine andere Form zu
finden, um den Frauen die wissenschaftliche Aus-
bildung an unseren Universitäten zu erleichtern.
Der Unterrichtsminister erklärte, er werde es
versuchen, als Gegengewicht für die geistigen An-
forderungen in den Mittelschulen die körperlichen
Übungen noch mehr zu fördern als bisher.
(Lebhafte Beifälle.)

Vogel, 27. Februar. Der heute verstor-
bene Erzherzog Albrecht Salvator, Sohn des Erz-
herzogs Karl Salvator aus dem Hause Toskana
und dessen Gemahlin Maria Immaculata Kle-
mentine, Prinzessin beider Sizilien, ist zu Alt-
Bunzlau am 22. November 1871 geboren. Er
ist ein Bruder des Erzherzogs Franz Salvator,
des Schwiegersohnes des Kaisers. Der Erzherzog
war Rittermeister im k. k. Hof-Regt. Prinz
zu Windischgrätz Nr. 11 und Ritter des öster-
reichischen Ordens vom Goldenen Vließ.

Belgien.

Brüssel, 27. Februar. Die Polizei ver-
haftete in der Vorstadt Laeken 20 französische
Anarchisten, welche Falschmünzerei betrieben.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. Pontbriand bringt
in der Deputirtenkammer eine Anfrage ein über
den „Figaro“ veröffentlichten Brief des
Unterrichtsministers Combes, worin Combes,
der damals noch nicht Minister war, den Direktor
der Staatsbahnen um eine Stellung im Ver-
waltungsrathe bat. Combes erwiderte, seine
Bitte, in den Verwaltungsrath aufgenommen zu
werden, habe kein persönliches Interesse verfolgt.
Er habe diesen Posten als unbedenklichen Ge-
henposten gewünscht im Interesse des Landes, den
er vertrete. Sodann wird eine einfache, von
der Regierung gebilligte Tagesordnung mit 382
gegen 92 Stimmen angenommen. Im weiteren
Verlaufe der Sitzung erklärte Deville, er halte es
nicht für angemessen, jetzt die ägyptische Frage
zu erörtern. Neben billigt das mit Siam ge-
schlossene Abkommen, gibt einen historischen
Ueberblick über die französische Angelegenheit und
legt den Antheil dar, welchen die früheren Re-
gierungen an diesem Abkommen gehabt haben,
das Frankreich gestatten werde, den Lohn seine
in Indochina gebrachten Opfer zu ernten.
Destournelles spricht ebenfalls sein Einverständ-
nis mit dem französischen Abkommen aus, hält
es aber nicht für möglich, über die ägyptische
Frage Stillzuschweigen zu beobachten, da Frank-
reich nicht den Glauben aufkommen lassen dürfe,
daß diese Frage ihm kein Interesse mehr ein-
flöße. Neben hofft, Indien werde einwilligen,
Ägypten zu räumen. Rouvres spricht sich über
das Abkommen mit Siam aus; es binde
Frankreich die Hände. Der Minister des Aus-
wärtigen Vertheilt erwidert, Frankreich habe
einen Vertrag und werde dafür sorgen, daß er
vollständig ausgeführt werde. (Beifall.) Hier-
auf wird durch Handaufheben eine Tages-
ordnung angenommen, in welcher die Erklärungen
der Regierung gebilligt werden.

Italien.

Rom, 27. Februar. Der König wird in
Begleitung des Kriegsministers und der oberen
Hofchargen am Sonnabend früh 6 Uhr nach
Neapel abreisen und noch an demselben Tage
die nach Afrika abgehenden Truppen besichtigen.
Der Papst empfing heute anlässlich der dem-
nächst bevorstehenden Jahresfeier seiner Krönung
die Glückwünsche des diplomatischen Korps,
darunter diejenigen des russischen Ministerpräsi-
dents Jewelski.

Rom, 27. Februar. Nachrichten der „Ag.
Stef.“ vom Col Tizola vom Mittwoch besagen,
daß der Feind am Abend zuvor ohne Gepäc
eine Vorwärtsbewegung machte, als wenn er
beabsichtige, die italienischen Stellungen anzu-
greifen; aber während der Nacht zog er sich
hinter Mariam Sciatu zurück und verlegte seine
Stellungen rückwärts in den Thalfeilen von
Abna. Die Drahtmeldung giebt ferner die
Namen der fünf Soldaten des Verfallenen
Bataillons an, die im Kampfe der Kolonne
Serrano gegen die Schaaeren des Sabas am
25. d. M. gefallen sind. In diesem Kampfe
wurde Kapitän Russo verwundet. Lieutenant
Caputo ist am 25. d. Mts. zu Abgibt in Folge

der am Col Mequa erhaltenen Wunden ge-
storben.

Turin, 27. Februar. Der Herzog von
Aosta ist an den Wunden leicht erkrankt.

Spanien und Portugal.

Wie man der „Pol. Corr.“ aus Lissabon
schreibt, wird die Nachricht, daß sämtliche pro-
testantischen Missionare aus dem Gebiete der
Kolonie Lourenço Marques ausgewiesen worden
seien, in den portugiesischen Regierungskreisen als
unrichtig bezeichnet. Eine derartige Maßregel sei
blos bezüglich derjenigen Missionare erfolgt,
welche die Herrschaft Portugals in dem bezeich-
neten Gebiet offen bekämpften haben. Man werde,
wie in den erwähnten Kreisen betont wird, an-
erkennen müssen, daß jede Regierung in ähn-
lichen Fällen zu einem solchen Vorgehen berech-
tigt und im eigenen staatlichen Interesse sogar
verpflichtet sei. Man besorge daher auch nicht
in Lissabon, daß sich aus der erwähnten Maß-
regel irgend welche internationale Zwistigkeiten
ergeben könnten. — Die meisten der Ausgewie-
senen sind geborene Schweizer.

England.

London, 27. Februar. Unterhaus. Der
Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen Ge-
schäfts erklärte, es sei keine Bewegung Söul's oder
eines anderen Ortes in Korea seitens Russlands
vorgekommen, auch werde keine Bewegung, soweit
es der englischen Regierung bekannt sei, erwartet.
150 russische Matrosen bewachten die russische
Gefandtschaft in Söul, woselbst der König sich
noch als Flüchtling aufhalte, da sein Leben in
Folge des ausgebrochenen Aufstandes in Gefahr
sei, auch seien 500 japanische Soldaten in der
Gefandtschaft stationirt. In Beantwortung einer
anderen Anfrage führte Curzon aus, man glaube,
daß das russische Geschwader in den chinesischen
Gewässern während des letzten Jahres um fünf
Schiffe vermehrt worden sei. Sir G. W. Harcourt
verlangt zu wissen, ob die türkische Regierung
oder irgend eine der europäischen Großmächte
der britischen Regierung in jüngster Zeit Vor-
schläge gemacht habe, welche die Räumung
Ägyptens in sich schließe. Curzon antwortet:
Meine Antwort ist „Nein“. Moon fragt an, ob
es wahr sei, daß durch einen von Kursum
zwischen England und China abgeschlossenen
Vertrag England das Recht erhält, zwischen
Nordchinesisch-Tschiang und Wladivostok und ferner
zwischen Tientsin und Port Arthur Eisenbahnen
zu bauen und unter russischer Leitung und Ver-
waltung zu betreiben, ob ferner England
andere Handelsvortheile von China be-
willigt erhalten habe, auf welche der Nation
nicht bezüglich der meistbegünstigten Nation
nicht anwendbar sei. Curzon erklärt, die Re-
gierung sei von der russischen Regierung unter-
richtet, daß die Nachricht jeder Begründung ent-
behre. Der Erste Lord des Schatzes Balfour
erklärt, der Erste Lord der Admiralität Goschen
werde am Montag dem Hause das Flotten-Pro-
gramm erklären. Balfour fragt die Regierung an,
ob sie es für wünschenswerth halte, die Initiative
zu ergreifen, um die Zustimmung der Unter-
zeichner des Berliner Vertrages zu einer Be-
setzung von Seiten Englands jener Provinzen
der asiatischen Türkei zu erlangen, in welchen
die jüngsten Niederkünfte vorgekommen
seien. Balfour erwidert, die Regierung habe
nicht die Absicht, irgend etwas Derartiges zu
thun.

Serbien.

Belgrad, 27. Februar. Der ehemalige
Oberbefehlshaber der serbischen Armee, General
Leichjanin ist gestorben. Der König hat der
Familie des Verstorbenen persönlich sein Beileid
ausgedrückt.

Griechenland.

Athen, 27. Februar. Gestern Abend er-
widerte in der Kammer der Minister des Innern,
Nawromichalis, und des Auswärtigen, Skouzas,
auf die Anfrage wegen des Falles Hammerstein.
Hammerstein sei ausgewiesen, nicht ausgeliefert
worden, alle seine Sachen seien ihm belassen;
er habe selbst den Weg nach Brindisi gewählt.
Seine Ausweisung sei gerechtfertigt, weil er ohne
Legitimationspapiere unter falschem Namen hier
gewesen und weil seine Vergangenheit unter
schwerer Anklage gestanden. Indessen will die
Opposition noch weiter über den Fall befragen,
und so wird der Minister Philaretos Sonn-
abend wieder auf die Sache zurückkommen.

Der Streit in der Konfektions-
Industrie.

Große Erregung herrscht in Berlin unter
den Schneidern und Näherinnen in der Konfek-
tions-Industrie, weil viele Kleinmeister entgegen
den getroffenen Abmachungen die Nothlage der
Arbeiterinnen benutzen und theilweise noch ge-
ringere Löhne als vor dem Ausstande zahlen.
In einer Verammlung der Großkonfektionäre
der Damen- und Kinderwälderbranche wurde dies
besprochen und folgende Entschlüsse gefaßt:
„1. In die Kalkulationsbücher der
Arbeitgeber ist der bisherige Grundpreis einzut-
ragen; daneben ist die Lohnerhöhung zu ver-
merken. In die Arbeitsbücher der Meister ist ein
gedruckter Zettel folgenden Inhalts zu kleben:
„Die vom 26. Februar 1896 ab gezahlten Preise
vertheilen sich einschließlich der beschlossenen Lohn-
erhöhung.“ 2. Von den Arbeitspreisen der
Meister werden die beschlossenen Löhne gezahlt;
die Näherinnen haben nur diejenigen Prozent-
erhöhungen zu erhalten, wie sie dem Meister zu-
gebilligt worden sind. 3. Die Preise sind derart
abzurunden, daß unter 2 1/2 Pf. nach unten,
darüber nach oben bis zu 5 Pf. abgerundet wird.
4. Schneider und Näherinnen, die für auswärtige,
nicht in Berlin anwesende Firmen selbstständig
oder durch Agenten Mäntel liefern, oder sonstige
Arbeiten ausführen, werden nicht beschäftigt.“
Ferner wird aus Mitgliedern der gewählten
Königlicher-Kommision eine Subkommission, be-
stehend aus den Konfektionären Sernau, Bam-
berg, Spitznagel, Ebenstein und Singer gewählt,
welche die Verhandlungen mit den Kommissionen
der Kleinmeister und Arbeitnehmer fortsetzen wird.
Firmen und Kleinmeister, welche die vereinbarten
Lohnerhöhungen und Bestimmungen nicht inne-
halten, sollen veröffentlicht werden.“
Der Stettiner Ausstand zeigt noch
immer keine Veränderung; die von dem neue-

wählten Hünner-Ausschuss der Ausständigen ver-
suchte Verhandlung mit dem Verband der Kon-
fektionsfirmen ist resultatlos verlaufen, da der
Lehtere jede weitere Verhandlung für zwecklos
hält, weil die Stettiner Lohnverhältnisse schon
bessere sind, als in allen übrigen maßgebenden
Städten der Konfektions-Branchen; die Beheili-
gung an dem Streik ist bisher nicht größer ge-
worden. — Inzwischen hat sich ein Komitee ge-
bildet, welches einen Aufruf erläßt, in dem es
als Ehrenpflicht aller arbeitenden Menschen be-
zeichnet wird, die Streikenden moralisch und
bekanntlich zu unterstützen, um dadurch zu verhin-
dern, daß der Sieg den Großkonfektionsfirmen zu-
fällt und dadurch die Lebenshaltung der Schnei-
der und Näherinnen noch weiter herabge-
drückt wird.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. Februar. Neuerdings ist
wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob
sich der Allerhöchste Gnaden erlaßt vom
18. Januar d. J. auch auf die durch polizeiliche
Strafverfügung auferlegten Strafen bezieht. Diese Frage ist zu verneinen,
und die Meldung mehrerer Blätter von einem
angeblichen Erlass des Ministers des
Innern, wonach die bis zum 18. Januar polizeilich
auferlegten Strafen erlassen werden würden,
ist unrichtig. Den von solchen Strafen Betrof-
fenen steht es natürlich frei, Anträge auf Erlass
der Strafe im Wege der Allerhöchsten Gnade zu
stellen, bei deren Prüfung der Umstand, daß die
Verurteilung zeitlich unter den erwähnten Erlass
fällt, ohne Zweifel mit berücksichtigt werden
wird.

— Eine fremde Bolkerrasse wird
sich in den nächsten Tagen hierseits vorstellen
und zwar eine größere Truppe der Bewohner
von Samoa, darunter 27 Frauen und Mädchen.
Dieselben werden sich in den Zentralkassen in
ihren volkstümlichen Sitten und Gebräuchen
produzieren.

— Dem oben erschienenen Bericht (22.)
über die hiesige Handels- und Gewerbeschule
für Frauen und Töchter für das Schuljahr 1895
entnehmen wir, daß die Zahl der Kurse 668 betrug, welche von 350
Frauen und Mädchen genommen wurden, von
denen 89 in Stettin nicht heimisch waren. Die
einzelnen Kurse waren in folgender Weise belegt:
in der Buchführung 25, in der Zeichenschule
185 und zwar a) gemeinliche Zeichen 69, b)
Malen 88, c) Landschaftszeichnen 28, in der
Handarbeitschule 141 und zwar a) im prakti-
schen Unterricht 89, b) in der Maschinenkunde
41, c) im theoretischen Unterricht 11, im Pu-
machen 30, im Maschinennähen 108, im Wä-
schneiden 83, im Schneidern 96. Die Einnahmen
der Schule beliefen sich auf 12010,75 Mark,
die Ausgaben auf 11635,68 Mark, so daß ein
Bestand von 374,07 Mark verblieb. Die Kran-
ken- und Unterrichtsstoffe der Lehrerinnen
hatte am Jahreschluss ein Vermögen von 2750
Mark, da kein Mitglied derselben ihre Güter in
Anspruch nahm.

* Wegen Kuppelei und gefährlicher Körper-
verletzung wurde gestern der Musiker Otto Noth-
er durch die hiesige Kriminalpolizei in Haft ge-
nommen.

* Die diesjährige Musterung der
Militärpflichtigen, welche in den Jahren
1876, 1875, 1874 und vorher geboren und im
Gebiete der Stadt Stettin wohnhaft sind, findet
in den Tagen vom 19. März bis 15. April d. J.
und zwar jedesmal Morgens 7 Uhr im Noth-
er'schen Lokal, Gustav-Adolphstr. 10, statt. Die
Prüfung der Reklamationen der Militärpflichtigen
und der Mannschaften des Verlaufsstandes
findet am 16. April und die Losung der
20jährigen am 17. April im Musterungsort
statt. Interessenten verweisen wir auf die oben-
nächste erscheinenden Bekanntmachungen der königl.
Polizeidirektion.

* Die Pommer'sche Gastwirths-Vereinigung
hat für Montag Nachmittag 5 Uhr im Saale
des Reichsgerichts eine Versammlung aller
Bierinteressenten zur Besprechung der für Stettin
in Aussicht genommenen Biersteuer ein-
berufen.

* Konzert. Am Dienstag, 3. März,
findet, wie schon gemeldet, im großen Saale des
Konzerthauses das Benefizkonzert statt für den
Fonds der Pensions- und Unterhaltungsstelle der
Mitglieder der Stadttheater-Kapelle, dessen För-
derung wir dem musikebenden Publikum noch-
mals ans Herz legen möchten. Die schwere
Leistungen der Stadttheater-Kapelle zugunsten
werden müssen, weiß jeder Operbesucher, ebenso
weiß er auch, wie wenig einträgliche die auf-
reibende Tätigkeit ist, zumal die Sommermonate
größtentheils für die Mitglieder der Kapelle ein
Vakuum bilden. Tugend einen Anspruch auf
Unterstützung im Falle des Erkrankens und
Dienstunfähigkeit haben die Mitglieder der
Kapelle nicht, daher ist die Bildung einer
Pensions- u. Kasse dringend geboten. Von der
Theaterleitung ist die Veranstaltung eines Kon-
zerts auch in diesem Jahre bereitwillig ge-
stattet und haben die bewährten Mitglieder
unserer Oper, die Damen Frä. Frisch und Frä.
Sarto, sowie Herr Halper, gerne ihre Mitwirkung
zugelagt (Frau Eichberger hat wegen Erkrankung
leider ihre Zusage zurückziehen müssen). Die
Theaterkapelle wird zu dem Konzerte sehr erheb-
lich verstärkt. An größeren Orchesterwerken ent-
hält das Programm eine neue Ouvertüre zur
Oper „Deutsche Treue“ von dem bewährten
Kapellmeister Herrn Chemin-Petit, der selbstver-
ständlich die Leitung übernimmt; ferner eine
Steppenflöte von Barodin und einen Satz aus
der Suite op. 46 von Grieg „In der Halle des
Vergänglichen“. Ganz besonderes Interesse be-
sprucht das hier unbekannte „Vorpiel und
Liebeslied“ aus der Wagner'schen Oper „Tristan
und Isolde“ (Gefangenschaft Frä. Frisch). Frä.
Frisch singt außerdem Lieder von Böhm und
Köb, Frä. Sarto eine Arie aus „Orpheus“ von
Glück und Brahms' „Sapphische Ode“; die
beiden Damen singen außerdem ein Duett von
Münchhausen. Herr Halper erläßt, unser prächtiger
Vortrag, trägt außer einer Arie aus den „Rien-
ziensgesängen“ von Haydn Lieder von Schumann
(die beiden Grenadiere) und Abt vor. Die
Klavierbegleitung hat Herr Kapellmeister Zauber
übernommen. Man sieht, das Programm ist
vielfach vornehm, möge dem Konzerte der so er-
wünschte Besuch nicht fehlen.

Nach den Provinzen.

†† **Stargard, 27. Februar.** Für den
Saßiger Kreis ist die Gründung eines Konsum-
Bereins beschlossen worden, welcher den Namen
„Stargarder Eins- und Verkaufs-Verein“ führen
wird. Den Vorsitz führt Herr Landrath von
Glasow.

† **Anklam, 27. Februar.** Schon lange ist
vielfach der Wunsch rege, daß die hiesigen Kir-
chen-Veranstaltungen erhalten. Der Wunsch scheint
jetzt seiner Verwirklichung entgegenzugehen, nach-
dem sich in einer gestern abgehaltenen Frauen-

versammlung ein Komitee bildete, welches einen
Bazar veranstalten will, dessen Ertrag für die
Kirchen-Veranstaltungen der Grundfond bilden soll.

† **Demmin, 27. Februar.** In einer gestern
hier abgehaltenen General-Versammlung des
konservativen Vereines des Demminer Kreises
kam es zu heftigen Angriffen auf die Goldwäh-
rung. Der Geschäftsführer des Deutschen Ein-
telles-Bundes, Herr Wiedemann aus Berlin,
gab der Goldwährung die Schuld an dem wirt-
schaftlichen Niedergang in allen Ständen und in
dem Nothstand der Landwirtschaft. Schließlich
forderte er zum Beitritt zu dem von ihm ver-
tretenen Bunde auf.

† **Potsdam, 27. Februar.** Daß die Bahn-
hofsverwaltung noch sehr gut geführt werden,
zeigte sich bei der Verpackung der Wirtschaft
des hiesigen Bahnhofes. Gegen 40 Arbeiter hatten
sich für dieselbe gemeldet und die bisherige Nacht
von 400 Mark wurde um das Dreifache über-
boten.

* **Stolz, 27. Februar.** Von dem hiesigen
Quartier-Regiment führt Blücher von Wollstatt
seit heute Morgen 4 1/2 Uhr ein aus 2 Offizieren,
2 Unteroffizieren und 4 Mann bestehendes Kom-
mando einen Dauerritt an, der sich über Köslin
nach Stolberg und zurück erstreckt. In Stolberg
wird ein Ruhetag gemacht.

Gerichts-Feitung.

* **Stettin, 28. Februar.** Der Musikdirektor
Richard Dilligberg aus Berlin hatte sich
gestern vor der ersten Strafkammer des
hiesigen Landgerichts wegen versuchter Erpreßung
zu verantworten. Der Angeklagte war im Jahre
1894 wegen einer Honorarforderung in einen
Zivilprozeß mit dem Zahnkünstler Kalinke ver-
wickelt worden, letzterer leistete am 7. Mai ge-
namten Jahres einen ihm zugesprochenen Ge-
halt und es wurde ein gerichtlicher Vergleich ge-
schlossen, demzufolge K. an Dilligberg drei
Mark rückständiges Honorar zahlen sollte. Da
D. das Geld nicht sofort erhielt, forderte
er Kalinke schriftlich auf, seiner Verpflichtung
sogleich nachzukommen und stellte für den
Weigerungsfall eine Anzeige wegen Meineids in
Aussicht. Dies Schreiben wurde der Staatsan-
waltschaft übergeben und erfolgte daraufhin die
Einstellung eines Verfahrens wegen Erpreßungs-
versuchs gegen Dilligberg, später änderte sich
das Bild, gegen Kalinke wurde Anzeige
wegen Meineids erhoben und die Er-
preßungsangelegenheit blieb einseitig ruhen.
Durch Erkenntnis des hiesigen Schwur-
gerichts vom 10. Januar d. J. wurde Kalinke
von der Anklage des Meineids freigesprochen,
worauf das Verfahren gegen Dilligberg seinen
Fortgang nahm. Die gestrige Verhandlung
endete mit der Freisprechung des Ange-
klagten, welche der Staatsanwalt selbst beantragt
hatte, das Gericht nahm in Uebereinstimmung
mit dem Vertreter der Anklagebehörde an, daß
dem Beschuldigten bei Abweisung des Briefes
das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Thuns
gefehlt habe.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Berlin, 27. Februar. „Buchhandlung Vor-
wärts“ Paul Singer. Diese Firma ist in das
Handelsregister eingetragen und als deren In-
haber der Kaufmann Paul Singer bezeichnet.
Dem Buchhändler Richard Fischer, sozialdemo-
kratischen Reichstagsabgeordneten für den 2. Ber-
liner Reichstagswahlkreis, ist für die letztgenannte
Firma Procura erteilt.

* Rudolf Denhardt, dem Besitzer der be-
kannten Anstalt für Stotterer in Eisenach ist
in Anerkennung seiner Verdienste um die
„Sprachheilkunde“ der Titel „Professor“ verliehen
worden.

— Gegen Herrn August Scherl als Heraus-
geber des „Neuen Adreßbuchs“ ist von den Ver-
legern des „Berliner Adreßbuchs“ wegen Nach-
druck ihres 9ter Adreßbuchs Strafantrag bei
der Staatsanwaltschaft I gestellt worden. Wie
die Antragsteller angeben, soll das vorläufige,
aus nur einigen Buchstaben und Theilen zu-
sammengesetzte Beweismaterial über 3000 Nach-
druckbeweise repräsentieren, darunter Druckfehler,
Adressen von Personen, die bereits gegen Ende
1894 oder Anfang 1895 verstorben, verzogen u.
sind, die aber das „Neue Adreßbuch“ mit dem
Wortlaut des Berliner Adreßbuchs 95 nachge-
druckt habe.

† **Leipzig, 27. Februar.** Heute starb hier der
Professor an der königlichen Kunstakademie und
Direktor des städtischen Kunstgewerbe-Museums,
Professor zur Straßen.

Bermischte Nachrichten.

— Der Pariser Korrespondent des „L. T.“
schreibt zur Affaire Fritz Friedmann unter dem
gestrigen Datum: Friedmann hatte heute Nach-
mittag zuerst eine Unterredung mit seinem Rechts-
beistand, dann wurde er zum Vertreter des Prä-
sidenten nach der Präfectur geführt. Er trug bei
diesem Gang die Memoires, die in Frankfurt
übliche leichte Handschrift, rechts und links
ein Gendarm. Friedmann tritt aufrecht, er
hat eine energische Haltung und Selbstbewußt-
heit, er schien aber bleicher als in den letzten
Tagen. Er leidet an Schlaflosigkeit und wandert
Nachts umher, wobei er die Kleider in seiner
Zelle nicht ablegt. Der Stellvertreter des Prä-
sidenten empfing Friedmann mit den Worten: Die
deutsche Regierung hat ihre Auslieferung ver-
langt, sind Sie mit der Auslieferung einver-
standen, und welches sind eventuell die Gründe,
die Sie gegen die Auslieferung geltend machen?
Friedmann entgegnete: Wieder ich, noch mein
Rechtsbeistand haben im Augenblick etwas zu
sagen, wir haben das Material noch nicht vor-
bereiten können, morgen werde ich der Präfectur
meine Vertheidigungsschrift überreichen. Darauf
wurde Friedmann in seine Zelle zurückgeführt.
Die Staatsanwaltschaft ließ ihm dort zehn Briefe
zustellen, die sämtlich aus Berlin für ihn im
Laufe des Tages eingegangen sind, fast alle von
Berliner Freunden, die sich bereit erklären, ihm
Geld zu schicken, falls er dessen bedürfte. Fried-
mann hat in der That heute nicht mehr einen
Sohn. Die tausend Franken, die bei der Post für
ihn eingegangen, sind ihm auf direktem Wege
aus Berlin nicht ausgeliefert worden. Er ist in
folge dessen gezwungen, die Gefängnispost zu
nehmen. Die Kost besteht aus Suppe Morgens
und Suppe Abends. Friedmann hat heute Abend
zum ersten Mal davon gekostet. Anna Werben
begab sich heute zur Präfectur, sie wies ein
Attest eines Arztes aus Bordeaux vor, der er-
klärt, sie unterliegt und festgestellt zu haben, daß
sie in anderen Umständen sei. Anna Werben
beansprucht auf Grund des Attestes, zu Fried-
mann gelassen zu werden, da sie als Mutter
seines Kindes nach französischem Recht einen
Anspruch hierauf hat. In der Unterredung,
welche mein Gewährsmann heute Nachmittag
mit dem Rechtsbeistand Friedmanns hatte, er-
klärte der Advokat, er halte es nicht für unmög-
lich, daß die französische Regierung die Aus-

lieferung Friedmanns ablehne. Es befanden
sich in der Vertheidigungsschrift, welche Fried-
mann morgen der Präfectur zur Ueberreichung
an den Minister des Innern überreichen wird,
besonders zwei Punkte, welche geeignet schienen,
der Angelegenheit Friedmann eine günstige Wen-
dung zu geben.

— (Telephonisches Konzert.) Ein ganz
eigenartiges Konzert wurde vor einiger Zeit in
einem großen Saale der Stadt Tennesse in
Lugano veranstaltet. Die verschiedenen Num-
mern des Programms wurden nämlich von
Künstlern zum Vortrag gebracht, die sich an
verschiedenen und von Tennesse weit entfernten
Orten befanden, und die ihre Kunstleistungen
vor Telephonen ausführten. Diese Telephone
waren mit einem in der hohen Höhe des Kon-
zertsaales angebrachten Schalltrichter verbun-
den, und in allen Theilen des Saales wurden alle
Töne mit voller Deutlichkeit vernommen. So
hörte man populäre Lieder, gesungen von Slavac
in Pest, d. h. in einer Entfernung von 300
Kilometer; hierauf ließ sich der Gesangsverein in
Segedin vernehmen, dann eine Militärmusik in
Arab, und demnach wurden in Szabodas
Zigunerlieder zum Vortrag gebracht. Der
Entwurfsmusik erreichte aber den Gipfel, als die
Primadonna des Theaters in Arab die große
Arie aus „Traviata“ sang, wobei die geringsten
Einzelheiten genau zu hören waren. An das
Konzert schloß sich ein Tanz, wozu die Musik
von einem Orchester in Szabodas gespielt wurde;
hiervon hörte man aber nur die ersten Takte, da
der Rest von dem Geräusch der Tanzenden über-
hört wurde.

(Patentverletzung.) In der Prozeßsache
der Vertheidigungs-Affäre „Securitas“
in Berlin gegen die Wasserleitungsgesellschaft
und Unfall-Vertheidigungsgesellschaft „Neptun“, wegen
Patentverletzung, hat das königliche Landgericht
Berlin I, Zivilkammer 23, eine einstweilige Ver-
fügung dahin erlassen, daß der Beklagten bei
Vermeidung einer Strafe von 500 Mark für
jeden Uebertretungsfall unterlagt ist, das deutsche
Reichspatent Nr. 81 459 dadurch zu verletzen, daß
sie in Berlin eine Vorrichtung zur Verhütung
des Gefrierens von Wasserleitungen mittelst
einer in die Leitung eingeschalteten Heizquelle,
bei welcher das Eintritts- und Austrittsrohr
durch ein drittes Rohr verbunden sind, geneig-
mäßig herstellt, in Verkehr bringt, feilhält oder
gebraucht. Die „Securitas“ hat ferner den
„Neptun“ wegen der Patentverletzung auf Schaden-
ersatz (vorerst in Höhe von Mark 100 000)
verklagt.

— **Prag, 28. Februar.** In der Landes-
Zentralanstalt Dobruza brach Nacht ein Feuer
aus, welches noch nicht gelöscht werden konnte.

Newyork, 28. Februar. Als man einen ver-
lassenen Schacht in einem Kohlenbergwerk bei
Whaeeling in West-Virginien untersuchte, fand
man die Leichen von vier Bergleuten. Einer lag
aufrecht gegen die Felsen gelehnt. Am
Boden fand man eine Flasche und in dieser einen
Zettel mit den folgenden Aufzeichnungen: „2. No-
vember 1893. Sollte dieser Zettel jemals das
Licht der Welt erblicken, so möge diese wissen,
daß wir hier gefangen saßen, weil der Schacht
eingestürzt ist. Wir haben nichts zu essen und
zu trinken. Seit acht Tagen sitzen wir hier.“

— 4. November. Gwint und Adelson haben Ayres
getödtet und essen ihn. Ich habe schon einen
Stiefelschuh gegessen. Das Del in unserer Lampe
wird immer weniger und die Luft ist schlecht.
— 6. November. Gwint hat Adelson getödtet und
hat seine Zähne abgeschliffen, die er jetzt ist.
Er tanzt wie ein Ferkel mit geiztem
Messer herum. — 7. November. Ich bin jetzt
allein mit dem Todten. Ich hatte zur Selbst-
vertheidigung Gwint zu tödten. Ich habe gerade
den anderen Stiefelschuh gegessen. Ich stecke
diese Aufzeichnungen in die Flasche, damit mein
Schicksal, wenn es möglich ist, bekannt wird.
— Josef Dines. Alte Bewohner haben noch nicht
das räthselhafte Verschwinden der vier Bergleute
vergessen. Zwei von ihnen waren Engländer.
Der britische Konsul stellte damals alle möglichen
Untersuchungen an, aber vergebens.

Bankwesen.

Paris, 27. Februar. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 954 386 000,
Zinnschuld 2 631 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 245 543 000,
Zinnschuld 3 049 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen
Franks 979 079 000, Zinnschuld 382 414 000.
Notenumlauf Franks 3 575 341 000, Abnahme
4 908 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 300 945 000,
Abnahme 225 737 000.
Guthaben des Staatskassas Franks 312 274 000,
Zinnschuld 105 100 000.
Gesamt-Vorschuß Franks 459 552 000, Zu-
nahme 87 052 000.
Zins- und Diskont-Erträge Franks 3 718 000,
Zinnschuld 752 000.
Verhältnis des Baarvorraths zum Noten-
umlauf 89,49 Prozent.

London, 27. Februar. Bankausweis.
Totaleinlage Pfd. Sterl. 40 997 000, Zunahme
252 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 24 919 000, Zunahme
67 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 49 116 000, Zunahme
318 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 27 062 000, Zunahme
10 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 47 512 000,
Abnahme 319 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 17 011 000,
Zinnschuld 614 000.
Noteneinlage Pfd. Sterl. 38 488 000, Zunahme
241 000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 14 569 000,
unverändert.
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven
63% gegen 63% in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 119 Mill., gegen die ent-
sprechende Woche des vorigen Jahres mehr
7 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Februar.
Wetter: Bedeckt, Morgens Schneefall.
Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer
758 Millimeter. Wind: W.
Weizen behauptet, per 1000 Kilogramm
loft 146,00—153,00, per April-Mai 155,00 B.,
154,50 G., per Mai-Juni 156,00 B., 155,50
G., per Juni-Juli 157,00 B., 156,50 G., per
September-Oktober —.
Roggen behauptet, per 1000 Kilogramm
loft 121,00—124,00, per April-Mai 124,50 B.,
124,00 G., per Mai-Juni 125,50 B., 125,00 G.,
per Juni-Juli 126,50 B., 125,00 G., per Sep-
tember-Oktober 127,50 B., 127 G.
Hafer per 1000 Kilogramm loft pon-
merfer 112,00—117,00.
Spiritus etwas fester, per 100 Liter

à 100 Prozent loft 70er 32,5 bez. Termine
ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.
Nicht amtlich.

Petroleum loft 9,95 verzollt, Kasse
1/12 Prozent.

Berlin, 28. Februar.
Weizen per Mai 156,50 bis 157,00, per
Juli 157,25 per September 157,75.
Roggen per Mai 125,50 bis 126,00, per
Juli 127,25, per September 128,50.
Rübsöl per Mai 46,80, per Oktober
47,10.
Spiritus loft 70er 33,50, per Februar
70er 38,70, per Mai 70er 39,30, per September
39,60.
Hafer per Mai 121,00.
Mais per Mai 92,00.
Petroleum per Februar 20,10, per
März 20,10.

London, 28. Februar. Wetter: Regen.

Berlin, 28. Februar. Schluß-Kurse.

Waren	Preis	Waren	Preis
Preuss. Staatsanl. 4%	105,00	London kurz	—
do. do. 3 1/2%	105,10	London lang	—
do. do. 3%	99,70	Amsterd. kurz	—
Preuss. Staatsanl. 3%	99,80	Paris kurz	—
Preuss. Staatsanl. 2 1/2%	101,00	Belgien kurz	—
do. do. 2%	95,70	Berliner Dampfmaschinen	118,25
do. do. 1 1/2%	101,10	Neue Dampfmaschinen	—
Centralbank-Anl. 4%	102,25	(Stettin)	68,00
do. do. 3 1/2%	95,75	„Antonia“ Fabrik Chem.	—
Italienische Rente	80,70	Produkte	94,00
do. 3 1/2% (Stettin)	60,50	Berliner Papierfabrik	163,50
Ungar. Goldrente	103,30	4% Hamb. Hyp.-Bank	103,50
Russl. 1881er Anleihe 4%	100,00	do. do. 3 1/2% Hyp.-Bank	101,50
Serbische 4% Anleihe 1890	67,40	„Stettin“ Hyp.-Bank	101,50
Schwed. 4% Anleihe 1890	87,25	Stett. Stadtanleihe 3 1/2%	102,00
Russl. Boden-Credit 4 1/2%	104,85		
do. do. 4% 1880	102,50		
Preuss. Hyp.-Credit	94,70		
Deutsche Banknoten	103,50		
Russl. Banknoten	217,45		
do. do. Ultimo	217,50		
Nationalbanknoten	103,50		
Geldmarkt (100) 4 1/2%	110,20		
do. (100) 4%	106,75		
do. (100) 4 1/2%	102,50		
do. unft. 1. 1895	103,30		
do. (100) 3 1/2%	101,30		
V.-V. Emittent	103,40		
Stett. Bank-Act. Litt. B. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. C. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. D. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. E. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. F. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. G. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. H. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. I. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. J. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. K. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. L. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. M. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. N. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. O. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. P. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. Q. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. R. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. S. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. T. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. U. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. V. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. W. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. X. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. Y. 128 3/4	41,50		
Stett. Bank-Act. Litt. Z. 128 3/4	41,50		

Ultimo-Kurse.

Waren	Preis	Waren	Preis
Disconto-Commandit	216,25	Berliner Handels-Gesell.	154,10
Berliner Handels-Gesell.	154,10	Deutsche Bank	235,25
Deutsche Bank	235,25	Dynamite Trust	149,10
Dynamite Trust	149,10	Berliner Gas- und Wasser-Verw.	157,10
Berliner Gas- und Wasser-Verw.	157,10	Karlsruhe	153,10
Karlsruhe	153,10	Hamburg	153,40
Hamburg	153,40	Siberia-Bergbau-Gesell.	161,60
Siberia-Bergbau-Gesell.	161,60	Deutsche Union-Elekt.	42,25
Deutsche Union-Elekt.	42,25	Preuss. Eisenbahn	99,50
Preuss. Eisenbahn	99,50	Marienburg-Manteuffel	80,50
Marienburg-Manteuffel	80,50	Münchener	129,90
Münchener	129,90	Stett. Bank-Act. Litt. A.	106,40
Stett. Bank-Act. Litt. A.	106,40	Konstanzer	41,50
Konstanzer	41,50	Kuznetsk-Prince-Genrikh	68,90
Kuznetsk-Prince-Genrikh	68,90		

Tendenz: Befestigt.

Paris, 27. Februar. (Schluß-Kurse.)

3% amortisirt. Rente	100,90	101,10
3% Rente	102,70	102,75
Italienische 5% Rente	80,10	79,15
4% ungar. Goldrente	103,00	103,12 1/2
4% Anleihen de 1889	103,00	103,10
3% Anleihen de 1891	92,30	92,80
4% unftiz. Egypten	—	105,15
4% Spanier äußere Anleihe.	63,00	63,00
Convert. Türkei	22,15	22,22 1/2
Türkische Anleihe	122,00	122,10
4% priv. türk. Obligationen.	478,00	479,50
Franzosen	776,25	787,50
Lombarden	227,50	231,25
Banque ottomane	605,00	605,00
„ de Paris	812,00	810,00
Debeers.	703,00	704,00
Credit foncier	675,00	675,00
Guandacia	79,00	80,00
Meridional-Affien	—	572,00
Nio Tinto-Affien	479,00	475,00
Suezkanal-Affien	3290,00	3200,00
Credit Lyonnais	788,00	785,00
B. de France	—	—
Tabacs Ottom.	406,00	401,00
Wesphal auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122 1/16
Wesphal auf London kurz	25,21	25,21 1/2
Cheque auf London	25,23 1/2	25,23
Wesphal Amsterdam f.	205,50	205,50
„ Wien f.	207,00	207,00
„ Madrid f.	416,75	417,00
„ Triest f.	11,00	11,12
Robinson-Affien	214,00	247,00
4% Rumänier	87,00	87,75
5% Rumänier 1893	100,00	—
Portugiesen	26,87 1/2	26,50
Portugiesische Tabaksoffiz.	492,00	492,00
4% Anleihen de 1894	66,40	66,50
Langl. Estat.	151,00	157,50
3/4% Anl. Anl.	98,05	98,30
Privatdiskont.	1 1/2	1 1/2